

SÜDAFRIKA
 SENEGAL
 NAMIBIA
 ÄGYPTEN
 MAROKKO

Reaktionen aus Afrika zum AU-EU-Gipfel in Lissabon

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion
 Andrea Kolb

Am 8. und 9. Dezember 2007 hat in Lissabon der zweite EU-Afrika-Gipfel stattgefunden. Die Reaktionen in den afrikanischen Ländern sind unterschiedlich. Insgesamt hat der Gipfel in der afrikanischen Presse aber eher wenig Beachtung gefunden, in manchen Ländern wie beispielsweise Benin so gut wie gar keine.

Sieben Jahre nach dem ersten Gipfel in Kairo (2000) brachte der Gipfel in Lissabon 67 Staats- und Regierungschefs aus Europa und Afrika zusammen. Ein avisiertes Treffen für 2003 scheiterte an der Frage der Einladung des simbabweschen Präsidenten Mugabe. Der Gipfel von Lissabon fand schließlich ohne den britischen Premierminister Gordon Brown statt, der das Treffen wegen eines möglichen Zusammentreffens mit Mugabe boykottierte und eine Vertreterin schickte.

Südafrika

Das Treffen der Staatschefs der Europäischen Union und Afrikas wird in Südafrika nicht als Erfolg gewertet. Die Presse in Südafrika berichtet, dass die unterschiedlichen Positionen der Staatschefs der beiden Nachbarregionen nicht überbrückt werden konnten. Insgesamt wurde die Berichterstattung über das Gipfeltreffen von dem Thema Zimbabwe überlagert. Ansonsten findet der Gipfel bereits jetzt in den Medien keine weitere Beachtung mehr.

Das Wort „gescheitert“ wird zwar vermieden, aber die Berichterstattung und die

Kommentare lassen beim Leser kaum einen anderen Schluss zu. Dem gastgebenden Land und dessen Regierungschef, Jose Socrates, wird diplomatisches Bemühen zur Rettung des Gipfeltreffens bescheinigt. Gemessen am Erfolg kann jedoch lediglich das Treffen an sich als kleinster gemeinsamer Nenner genannt werden. Vielleicht noch die Festlegung im Schlusskommuniqué, dass 2010 erneut ein EU-Afrika Gipfel stattfinden soll.

Insbesondere zwei Problemkreise greifen die Medien in ihrer Berichterstattung auf: Zimbabwe und die beabsichtigten Handelsabkommen in den „European Partnership Agreements“ (EPAs).

Im Zusammenhang mit Zimbabwe wird ausführlich über die Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel berichtet, die sie als gemeinsame Position der europäischen Regierungschefs über die Anerkennung und Einhaltung von Menschenrechten und Good Governance in Afrika vortrug. Auf die Beschuldigung der Verletzung der Menschenrechte und tätliche Übergriffe auf Oppositionspolitiker in Zimbabwe reagieren die afrikanischen Regierungschefs mit einer starken Solidarisierung mit Staatspräsident Robert Mugabe.

Mugabe gilt bei Afrikas Regierenden weiterhin ein als Symbol des Befreiungskampfes und man verbittet sich eine Einmischung der ehemaligen Kolonialmächte. SADC-Generalsekretär General Tomaz Salomao erklärte gegenüber Journalisten, dass das Thema Zimbabwe nicht in der gemeinsam vereinbarten Agenda enthalten war. Staatspräsident Mbeki sagte gegenüber dem öffentlichen Sender SABC, er glaube, dass die

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

Kritiker aus Europa nicht gut über den Stand und den Fortschritt der Verhandlungen zur Lage in Zimbabwe informiert seien. Bekanntlich ist Mbeki von der SADC-Gemeinschaft beauftragt, mit Staatspräsident Mugabe und Vertretern der Opposition über Maßnahmen zur Befriedung Zimbabwes und der Abhaltung von freien Wahlen im kommenden Jahr zu verhandeln. Der stellvertretende Außenminister Südafrikas, Aziz Pahad, kritisierte auf einer Pressekonferenz zum Lissabon-Gipfel die verschärften Sanktionen der USA gegenüber Zimbabwe und empfiehlt dem Westen generell mehr Sensibilität im Umgang mit Zimbabwe. Eine Stellungnahme zu den Äußerungen von Mugabes Informationsminister, Sikhanyiso Ndlovu, der Angela Merkel als rassistisch, faschistisch und als Nazi beschimpft hat, lehnte Pahad ab. Und Robert Mugabe selbst bezeichnet die Europäer als arrogant und als Marionetten des abwesenden britischen Ministerpräsidenten Gordon Brown.

Trotz vereinzelter Kritik besteht bei der überwiegenden Zahl der Regierungschefs Afrikas eine Grundsympathie zugunsten von Mugabe, der als Befreier Zimbabwes von der weißen Kolonialmacht gilt. „*There was no democracy in Zimbabwe for nearly 100 years, and we had to fight for one person, one vote.*“ Mit solchen Aussagen findet Mugabe Zustimmung bei afrikanischen Staatschefs. Zugleich wird Europa das Recht auf Einmischung in (inner)afrikanische Angelegenheiten abgesprochen, was wiederum nicht zuletzt mit der kolonialen Erblast begründet wird. Die Lösung der Zimbabwe-Krise wird als afrikanische Aufgabe angesehen. Ob die *silent diplomacy* Südafrikas jedoch ausreichend druckvoll ist, um Menschenrechte und Demokratie in Zimbabwe wieder herzustellen, ist mehr als zweifelhaft.

In diesem Zusammenhang ist auch China von Bedeutung. Dialogveranstaltungen mit chinesischen Afrikaexperten belegen, dass an wirtschaftliche Kooperationen keinerlei Bedingungen hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten oder guter Regierungsführung gestellt werden. Chinas Afrikapolitik gründet auf dem Prinzip einer strikten Nichteinmischung in innere Angelegenheiten

eines Landes. Gleichzeitig wird von chinesischer Seite mit der gemeinsamen kolonialen Erfahrung argumentiert, die man mit Afrika gemein habe. Das bilde eine solide Basis für gegenseitiges Verständnis und gute Kooperation.

Das Chinesisch-Afrikanische Gipfeltreffen in Peking vor gut einem Jahr wurde im Gegensatz zum EU-Afrika Gipfel von Lissabon als sehr erfolgreich bewertet. Ganze Seiten der großen Tageszeitungen waren mit Berichten und Kommentaren über den Gipfel gefüllt und die „neue Rolle“ Chinas als wichtiger Handelspartner Afrikas wurde analysiert und begrüßt.

Positiv bewertete Aziz Pahad in einem Pressegespräch die gemeinsame Überzeugung der Europäer und der afrikanischen Staatschefs, dass die afrikanischen Anstrengungen zur Stärkung der Demokratien und die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt werden sollten. Er nennt dabei als beispielhaft die Unterstützung des „African Peer Review Mechanism“ durch die EU, mit dem die afrikanischen Länder gegenseitig ihre Regierungsführung überprüfen wollen.

Europa ist weiterhin mit Abstand der wichtigste Handelspartner Afrikas. Während jedoch beim China-Afrika-Gipfel in Peking mehrere strategische Abkommen über den Wirtschaftsaustausch abgeschlossen wurden, gestalten sich die Verhandlungen über die EPAs äußerst kompliziert und scheinen nach dem Gipfeltreffen in Lissabon kaum mehr konsensfähig. Senegals Staatspräsident Abdoulaye Wade führt die Front der Kritiker an, die die strategischen Abkommen mit der EU, so wie sie derzeit ausgehandelt sind, ablehnen. Hauptkonfliktpunkte sind dabei die Agrarsubventionen der EU und der geforderte Abbau von Importzöllen auf Industriegüter. In den Printmedien werden die EPAs fast ausnahmslos negativ für Afrika bewertet. Präsident Wade stellte in einem Interview fest, dass die meisten afrikanischen Staatschefs die EPAs ablehnen und verlangte neue Verhandlungen. „*We are not talking any more about EPAs. We’ve rejected them. We’re going to meet to see what we can put in place of the EPAs,*“ wird Wade zitiert.

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

Bei dieser strikten Haltung scheinen die Argumente der Europäer, dass die strategischen Partnerabkommen als „*equal and as a win-win situation*“ zu sehen sind, wenig zu bewirken. In einem Kommentar im Business Day vom 7.12.2007, der also dem Gipfeltreffen vorausging, wurde der hohe Zeitdruck hinterfragt, den die EU wegen der auslaufenden Abkommen von Lomé und Cotonou zum Jahresende gesetzt hat.

Dr. Werner Böhler, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung / Südafrika

Senegal

Die Reaktionen der senegalesischen Presse auf den AU-EU Gipfel im Dezember in Lissabon waren gemäßigt. Lediglich sieben der mehr als 20 Tageszeitungen gingen auf den Gipfel ein.

Im öffentlichen *Fernsehsender RTS* wurde berichtet, dass der senegalesische Staatschef Abdoulaye Wade seine Weigerung, die „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) zu unterzeichnen, beibehalten habe und dabei vor allem von Thabo Mbeki, aber auch von anderen afrikanischen Staatschefs unterstützt wurde.

In den *privaten Fernsehsendern* wurde nur sehr kurz berichtet. Der öffentliche Radiosender verfuhr wie der Fernsehsender RTS; die zahlreichen privaten und kommunalen Radiosender reagierten verschieden auf den Gipfel, jedoch war die Tendenz überall gleich: Wenn auch Wade derzeit am unteren Ende seiner Popularitätskurve angelangt ist, wird ihm seine Weigerung, das „Diktat“ der EPA-Verträge zu akzeptieren, hoch angerechnet.

Die regierungsnahen Tageszeitung *Le Soleil* titelte: Wade hält an seiner Ablehnung der EPA fest. Diese Haltung würde von vielen europäischen Staatschefs geteilt werden. Der Dialog von Kontinent zu Kontinent werde beibehalten, bis neue Wege beschritten werden könnten. In *Le Soleil* war kein Wort über das frühzeitige Verlassen des Gipfels durch Präsident Wade zu finden. Wade wird

vielmehr als der Meinungsführer der afrikanischen Staatschefs gegen die EPA dargestellt. In einem Kommentar titelt der Autor „Der schwarze Kontinent verdammt die EPA“.

Allerdings wird trotz aller Kritik an den EPA Verständnis für die Elfenbeinküste und Ghana gezeigt, die bereit sind, die Verträge zu unterschreiben, da ein Großteil ihrer Rohstoffexporte (Kaffee und Kakao) in die EU geht. Schon heute lägen diese Ausfuhr Güter tonnenweise in den Lagerhallen und könnten nicht exportiert werden, mangels Verträgen.

In der viel gelesenen Tageszeitung *Wal Fadjri* steht kein Wort zum Gipfel, und auch die zweite meistgelesene Zeitung, *SUD Quotidien*, hat lediglich einen Artikel von Reuters übernommen und mit einem Titel versehen, welcher der allgemeinen Tendenz in Senegal entspricht: „Afrika weigert sich“. In der Tageszeitung *Le Matin* äußert sich ein Journalist lakonisch über die Notwendigkeit, den Dialog zwischen Europa und Afrika fortzuführen.

Die vielgelesenen, aber eher in die People Presse gehörenden Zeitungen *Observateur*, *Populaire* und *Actuel* haben nicht über den Gipfel berichtet. Die regierungsnahen Boulevardzeitung *Le Messenger* jedoch stellt Abdoulaye Wade als Helden dar, der die afrikanischen Interessen gegenüber Europa vertritt. Sehr polemisch titelt *Le Messenger*: „Wade führt die Verweigerungsfront an“ und postuliert, dass Europa Afrika so wie Afrika Europa braucht. Allerdings sei Europa gerade dabei, seinen Machtkampf um den Einfluss in Afrika zugunsten anderer Kontinente zu verlieren, zitiert die Zeitung den Staatschef Wade.

Ebenso polemisch titelt die Boulevardzeitung *As*: „Wade führt die Revolte der afrikanischen Länder gegen Europa an“, als hätte der Kampf der Kulturen und der Kontinente schon begonnen. Die Zeitung liefert allerdings außer dem Titel keinerlei inhaltlichen Analysen und beschränkt sich auf einige Zitate des Staatschefs Wade wie „Wir sprechen nicht mehr von den EPA, wir haben sie abgelehnt, es ist vorbei damit“.

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

Neben der regierungsnahen *Le Soleil* gibt es nur eine weitere Tageszeitung, die sich differenziert mit der Problematik beschäftigt: *Le Quotidien*. In seiner Ausgabe vom Folgetag des Gipfels titelte sie auf der ersten Seite ganz groß „Wade lässt die Seinen an der Front allein“ und spiegelte damit das Verhalten Wades, der den Gipfel entnervt verlassen hatte, nachdem er festgestellt hatte, dass seine Position keine Aussicht auf Erfolg haben würde und dass selbst das afrikanische Lager gespalten war. Der *Quotidien* zitiert neben Wade auch den europäischen Kommissar für Entwicklung, Louis Michel, der den senegalesischen Präsidenten harsch kritisiert hat. Der *Quotidien* stellt fest, dass Wade sich letztlich auf verlorenem Posten befand und deshalb früher als geplant abreiste. Er kritisiert weiterhin, dass Wade dem als antidemokratisch und willkürlich herrschend verschrienen Staatschef Zimbabwes, Robert Mugabe, ein demokratisches Zeugnis ausgestellt hat.

In seiner Ausgabe vom 12. Dezember ist jedoch eine Nuancenverschiebung in der Berichterstattung des *Quotidien* bemerkbar: Wieder auf der ersten Seite, mit einer Fotomontage aus Barroso (Präsident der europ. Kommission) und Wade (beide in energischer Redeposition) titelt der *Quotidien*: Abdoulaye Wade kämpft gegen die EPA (kleiner Obertitel). „Europa holt die Peitsche gegen Senegal hervor“ (fett gedruckt und das Wort Peitsche in rot). Darunter etwas kleiner „Der Präsident Wade lässt nicht mit sich über die Unabhängigkeit Senegals verhandeln“.

Hier erscheint Wade jetzt, wie in den regierungsnahen Zeitungen, als heldenhafter Kämpfer für die Souveränität seines Landes und gegen die Fremdbestimmung durch Europa. In dem Artikel wird dann auf das drohende Spektrum des Finanzentzugs durch die EU eingegangen und erläutert, dass die EU schon vorher beschlossen habe, die „Widerständler“ gegen die EPA zu „bestrafen“, wobei insbesondere Senegal als Anführer des Widerstands in die Schusslinie geriet. Der *Quotidien* zitiert wieder Louis Michel (Europ. Sekretär für Entwicklung): „Die afrikanischen Staaten haben keine Wahl, sie müssen die EPA akzeptieren.“

Der dazugehörige Kommentar titelt: „Und die Kolonialzeit kehrt zurück!“. Laut dem Autor wird Afrika, in seiner wirtschaftlichen Schwächeposition, von einem Europa, das in seiner Machtposition gnadenlos nur seine eigenen Interessen verfolgt, erpresst. Der Kommentar gipfelt in der Anklage „Europa ist der größte Egoist vor dem Herrn“. Der Vorsitzende einer Arbeitgebervereinigung wird zitiert mit den Worten „die EPA sind der Tod der afrikanischen Unternehmen“.

Die Unternehmerzeitschrift *Entreprendre Plus* des KAS Partners *Conseil National du Patronat CNP* (senegalesischer Unternehmerdachverband) titelt in ähnlicher Weise. Der von der senegalesischen Regierung und besonders dem Staatschef Wade sehr oft um Beratung gebetene CNP drückt schon im Vorwort von *Entreprendre Plus* seine Kritik an den EPA in ihrer aktuellen Form aus und titelt „Der trojanische Krieg findet nicht statt“.

Herausgeber Phan unterstreicht die Gefahr, die aus der kompletten Öffnung der afrikanischen Märkte entsteht: „Wenn der Markt sehr kurzfristig geöffnet wird, bedeutet dies das Ende der wenigen Industriebetriebe, die noch der Dampfwalze der Globalisierung unter der Kontrolle der WHO widerstehen konnten. Wir können nur davon träumen, mit unseren hohen Produktionskosten, unserer teuren Energie und unserer schwachen Produktivität jemals in den Wettbewerb des europäischen Marktes einsteigen zu können. (...) Man schlägt uns vor, ohne Kaufkraft in die Konsumgesellschaft einzutreten, welche hier nur eine sich selbst verzehrende Gesellschaft ist – mangels Arbeitsplätzen, Arbeit, Rohstoffen und Perspektiven. Das Motto bei den Jugendlichen ist leider „Rette sich wer kann“ und damit verbunden die Flucht in das Eldorado (Europa, A.d.V.). (...) Zunächst müssen wir in unserer Handelsbalance aufräumen und unsere Konsumgewohnheiten ändern, insbesondere bei den Produkten Reis, Weizen und Rohöl.“

Phan zeigt die Problematik dieser Devisen verschlingenden Einfuhrgüter und einen Lösungsansatz auf: den verstärkten Konsum von einheimischen Produkten wie Hirse an-

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

statt Reis oder Weizen. Gegen die „Versklavung“ des Staates von Erdölimporten schlägt Phan eine intensive Solarenergienutzung und –forschung vor, eine bislang zu wenig genutzte Alternative. Er sieht aber auch die Hindernisse bei diesem Kampf für eine Reduzierung der Einfuhr von Grundverbrauchsgütern: die Importelobbys im In- und Ausland.

Im Innenteil der Zeitschrift gehen die Experten des CNP mit sehr qualifizierten Analysen auf die Gefahr eines völligen Absterbens der senegalesischen Industrie ein und zeigen Lösungsversuche auf, die allerdings erst in einem weiter geführten Dialog mit der EU erarbeitet werden müssen. Selbstredend kann der CNP nicht als Gegner der EU-AU-Handelsverträge bezeichnet werden, jedoch ist seine Position sehr ernst zu nehmen, dass die Verträge in ihrer aktuellen Form noch einmal gemeinsam und auf Augenhöhe zwischen den Partnern diskutiert werden müssen. Der ehemalige CNP-Präsident und Namensvetter des Staatshaupts Senegals, Youssoufa Wade, drückt das Verhältnis folgendermaßen aus: „Sie schicken beim Boxen ja auch keinen Leichtgewichtboxer zu einem Schwergewicht in den Ring“.

Dr. Ute Gierczynski-Bocandé, Programmbeauftragte / Auslandsbüro Senegal

Namibia

Die Presse in Namibia hat ausgiebig über den Gipfel und seine Ergebnisse berichtet. Schließlich läuft das Cotonou-Abkommen zum Ende 2007 aus, das Namibia einen präferentiellen Handelszugang in die EU ermöglichte. Die Nicht-Unterzeichnung eines „Economic Partnership Agreement (EPA)“ hätte erhebliche Auswirkungen auf Namibias Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft als einem der größten Wirtschaftssektoren.

Da das Gipfeltreffen an einem Wochenende stattfand, aber Wochenende in Namibia aber keine Zeitungen erscheinen, wurde insbesondere an den darauf folgenden Wochentagen berichtet. Die wichtigsten drei Tageszeitungen berichteten insbesondere am Montag über das Gipfeltreffen selbst. Besonderer Fokus lag – neben den EPAs – auf den atmosphärischen Störungen zwischen Europa und Afrika.

Breit wurde über die Kritik der deutschen Kanzlerin am simbabweschen Präsidenten Mugabe berichtet, über die Zurückweisung der Kritik Merkels durch Präsident Wade aus Senegal sowie über Mugabes Replik am Ende des Gipfeltreffens. Der Gipfel wurde teilweise als überfällige Emanzipation afrikanischer Präsidenten von der europäischen Bevormundung interpretiert. Einige afrikanische Präsidenten verwiesen auf die ausgezeichneten Beziehungen zu China als neuem Partner, was als Drohgebärde und als Signal in Richtung Europa gewertet wurde, von dem man sich einen partnerschaftlicheren Umgang wünschte. Kritisiert wurde in der namibischen Presse der unangemessene Druck auf afrikanische Länder bei den Verhandlungen um die EPAs, welche für viele die ökonomische Asymmetrie verfestigte. Die fragilen afrikanischen Ökonomien würden einer weitgehenden Liberalisierung nicht standhalten und erhebliche Nachteile erleiden.

Solidarität zwischen den afrikanischen Ländern wurde hervorgehoben als angemessene Reaktion auf den Druck aus Brüssel. Namibia und Südafrika waren schließlich die einzigen Länder aus dem südlichen Afrika, die bis zum Gipfeltreffen und vor Ort die EPAs nicht unterzeichnet haben. Namibia hat erst am 13. Dezember kurz vor Ablauf der Frist ein Interim-EPA unterzeichnet, das zusätzliche und weitgehende Handelspräferenzen für Namibia vorsieht. Offizielle Stellen in Namibia sehen sich inzwischen bestätigt in ihrer zwischenzeitlichen Ablehnung

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

der EPA, haben sie hierdurch sogar noch bessere Handelsbedingungen und Zollbefreiungen erreicht.

In der Berichterstattung in Namibia dominierten die Themen Frieden und Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte, Handel und Entwicklung, Migration und vor allem Klimawandel, den Namibia besonders deutlich erfährt. Es wurde auch über die Unterzeichnung der EU-Afrika-Strategie berichtet sowie über die Unterzeichnung von Hilfszusagen der EU für Afrika. Schließlich war Namibia eines von 33 Ländern, die ein strategisches Policy-Abkommen unterzeichnet haben. Namibias Premierminister, der das Land in Lissabon vertreten hat, unterschrieb während des Gipfeltreffens ein Abkommen, das die Zusage für 104 Millionen Euro für die Jahre 2008 – 2012 beinhaltet und Unterstützung in den Sektoren ländliche Entwicklung, Bildung und Soziales vorsieht.

Das Gipfeltreffen wurde von vielen Beobachtern in Namibia als Versuch interpretiert, angesichts des zunehmenden Einflusses Chinas in Afrika und auf afrikanische Ressourcen den Einfluss der EU in Afrika aufrecht zu erhalten und zu festigen. Es bleibt aber auch festzuhalten, dass die EU immer noch Afrikas größter Handelspartner ist und der Großteil der offiziellen Entwicklungshilfe der EU nach Afrika geht. Zwar überwiegt derzeit die Euphorie in Namibia angesichts des sehr guten Verhandlungsergebnisses und Abschlusses in letzter Minute; einen Nachgeschmack hinterlässt der Gipfel mit Bezug auf Themen wie Menschenrechte, Demokratie und partnerschaftlicher Umgang auf gleicher Augenhöhe. Die sichtbare Emanzipation und Souveränität afrikanischer Präsidenten in Lissabon ist ein Vorgeschmack auf den nächsten Gipfel, der für 2010 vorgesehen ist.

Dr. Dr. Anton Bösl, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung / Namibia

Ägypten

Der EU-Afrika-Gipfel, der am 8. und 9. Dezember in Lissabon tagte, fand in den ägyptischen Medien wenig Beachtung. Das Land betrachtet die europäisch-afrikanische Bühne als Nebenschauplatz und sieht für sich allenfalls eine Rolle als Vermittler in den europäisch-afrikanischen Beziehungen.

Ägypten hat mindestens drei Identitäten: eine arabisch-nahöstliche, eine mediterrane und seine eigene. Dass Ägypten auf dem afrikanischen Kontinent liegt, wird zu politisch opportunen Gelegenheiten zwar herausgestellt, oft aber nur verschämt eingeräumt und meistens völlig übersehen. Afrika ist – jenseits aller Rhetorik postkolonialer Solidarität – für die meisten Ägypter weit weg. Wenn überhaupt von Afrika die Rede ist, dann zumeist vom politischen Schicksal des Sudan und vom individuellen Schicksal afrikanischer Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Israel oder Europa.

Die ägyptischen Presseberichte zum Gipfel konzentrierten sich dementsprechend auf die Rede Staatspräsident Mubaraks und gingen ansonsten kaum über die Wiedergabe von Agenturmeldungen hinaus. Einige Zeitungen ignorierten das Ereignis völlig oder meldeten lediglich, dass der Staatspräsident auf der Rückreise aus Griechenland in Lissabon Station gemacht habe. Die meisten Zeitungen behandelten das Treffen allerdings nach dem üblichen Schema ägyptischer Berichterstattung zu internationalen Großereignissen: Allgemeine Agenturmeldungen und eine breite Würdigung der Rolle des Staatspräsidenten finden sich im Verlautbarungsstil auf der Titelseite platziert. Kritische Kommentare werden dann irgendwo im Innenteil hinter den Sportnachrichten untergebracht.

Die Meldungen zum Gipfel konzentrierten sich im Wesentlichen auf affirmative Wiedergaben der Rede des Staatspräsidenten. Mubarak – so die regierungsnahen Zeitungen – habe die „Keynote-speech“ des Treffens gehalten und die zentralen Themen der europäisch-afrikanischen Agenda angesprochen: Handel, Sicherheit, Menschenrechte,

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

Demokratisierung, Energie und Migration. Von den Europäern habe Mubarak mehr Marktöffnung und Schuldenerlass gefordert. Bei den Afrikanern mahnte er mehr Engagement in Sachen Demokratisierung, Gesundheit und Bildung an.

Die Schilderung des Streits um Mugabe und seinen Auftritt in Lissabon sowie das von afrikanischer Seite demonstrierte neue Selbstbewusstsein wird in den ägyptischen Pressemeldungen weitgehend kommentarlos aus internationalen Agenturmeldungen zitiert. Abgesehen davon war zu lesen, dass das Treffen von ägyptischer Seite für Gespräche mit europäischen und afrikanischen Politikern genutzt wurde. Teilweise ist sogar von einer neuen Ära europäisch-afrikanischer Beziehungen die Rede, die auch mit ägyptischer Hilfe eingeleitet worden sei.

In den wenigen Kommentaren zum Gipfel ist von derartiger Euphorie wenig zu spüren. Man ist sich einig, dass der Gipfel nichts erreicht habe und die wichtigsten Probleme Afrikas – Armut, Rückständigkeit und Krankheiten – ignoriert wurden. Nirgendwo habe es tatsächliche Durchbrüche gegeben. Der Gipfel sei durchweg als Fehlschlag zu bewerten.

Für europäische Leser eigentlich, für arabische hingegen völlig nachvollziehbar ist die Bezugnahme einiger Kommentare auf den Nahostkonflikt. Die führende ägyptische Tageszeitung „Al-Ahram“ beschäftigt sich in ihrem aufgeregten Kommentar zum Lissabon-Gipfel sogar schwerpunktmäßig mit der Lage im Nahen Osten. Der eigentliche Skandal des Treffens – so der Al-Ahram-Kommentator – sei es, dass die anwesenden Staats- und Regierungschefs die jüngsten israelischen Siedlungsbaupläne nicht einmal angesprochen hätten. Viel wichtiger als der europäisch-afrikanische Gipfel sei deshalb das parallel stattfindende arabische Außenministertreffen zur Vorbereitung des nächsten arabischen Gipfels.

Als Detailspekt wird in einigen anderen Kommentaren ferner die europäische Diskussion um das Vordringen Chinas auf den afrikanischen Märkten registriert. Auch in

Ägypten ist die chinesische Afrika-Offensive unübersehbar. Die frisch renovierte chinesische Handelsmission überragt den bescheidenen Sitz der EU-Vertretung im Herzen Kairos um ein Vielfaches. Und die begehrtesten Alltagsautos auf Kairos verstopften Straßen heißen seit kurzem nicht mehr Fiat, Lada oder Peugeot, sondern tragen chinesische Namen wie Geely, Chery und Speranza.

Die ägyptische Berichterstattung zum EU-Afrika-Gipfel fällt trotz der Teilnahme von Staatspräsident Mubarak und ungeachtet des großen Gewichts, das Ägypten auf den ersten EU-Afrika-Gipfel in Kairo vor sieben Jahre legte, eigentlich unbeteiligt aus. Dies entspricht der dominierenden Selbstbeschreibung Ägyptens als primär arabischnahöstliches Land, das mit dem subsaharischen Afrika und seinen Problemen wenig zu tun habe. Dementsprechend wird der europäisch-afrikanische Krach in Lissabon und das Gezanke um Menschenrechte und „gleiche Augenhöhe“ in Ägypten weitgehend als externe Angelegenheit betrachtet, zu der man allenfalls kluge Ratschläge beizusteuern habe.

Eine eigene Afrika-Strategie hat Ägypten ebenso wenig zu bieten wie eine definierte Vorstellung von der eigenen Rolle in den europäisch-afrikanischen Beziehungen. Ägyptens Wirtschaft boomt, und das Land legt Wert auf privilegierte Handelsbeziehungen mit Europa. Die armen Nachbarn im Süden spielen hierbei allenfalls rhetorisch eine Rolle. Wenn überhaupt, dann sieht sich Ägypten in der Rolle des Vorreiters und Vermittlers in den Beziehungen zwischen Nord und Süd.

Dr. Andreas Jacobs, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung / Ägypten

Marokko

Der EU-Afrika-Gipfel wurde in Marokko von fast allen Zeitungen als „historisches Ereignis“ dargestellt. Die neue „strategische Partnerschaft“ zwischen der Europäischen Union und Af-

SÜDAFRIKA
SENEGAL
NAMIBIA
ÄGYPTEN
MAROKKO

Dezember 2007

www.kas.de

Redaktion

Andrea Kolb

rika solle helfen, dass sich die Globalisierung positiv auf die Entwicklung Afrikas auswirkt, so der marokkanische König.

In allen frankophonen Tageszeitungen wurde über dieses Gipfeltreffen ab Montag, den 10. Dezember 2007, berichtet. Auffallend ist die neutrale Berichterstattung aller frankophonen Tageszeitungen, wobei vor allem die engen partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Marokko und der Europäischen Union unterstrichen werden. Auf die kritischen Äußerungen Mugabes wurde nur vereinzelt eingegangen, sie spielten in der marokkanischen Berichterstattung keine wesentliche Rolle.

Marokko war auf dem 2. EU-Afrika-Gipfel in Lissabon am 8. und 9. Dezember 2007 durch den Premierminister Abbas El Fassi, durch die Staatssekretärin für Auswärtige Angelegenheiten Latifa Akharbach, durch den marokkanischen Botschafter Samer Aarour sowie durch weitere enge Mitarbeiter des Premierministers vertreten.

Alle Tageszeitungen resümieren die Rede des marokkanischen Königs Mohammed VI, die von Premierminister Abbas EL Fassi in Lissabon vorgetragen wurde. Von zwei Tageszeitungen (Le Matin und L'Opinion) wurde diese Rede in ihrem vollem Umfang dokumentiert. Der König unterstreicht hier die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika. Seiner Ansicht nach seien vor allem Frieden und Sicherheit wichtige Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas. So müsse vorrangig auf diesen Gebieten eine enge Kooperation angestrebt werden.

Migration und Klimawandel nennt der König Mohammed VI als zwei fundamentale Probleme Marokkos, die nur durch den Dialog beider Kontinente gelöst werden können. Deshalb müssten nachhaltige Entwicklung, Handel und regionale Integration zentrale Themen dieses Dialogs sein. Die Umsetzung eines solchen Dialogs fördere Frieden, Sicherheit und eine gute Regierungsführung und verstärke die Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen, sozialen, technischen, kul-

turellen und menschenrechtlichen Sektor, heißt es abschließend.

Dana Fennert, Praktikantin / Auslandsbüro Marokko